

Neues Wohngebiet genehmigt

RAT An der Steingasse sollen Einfamilienhäuser gebaut werden

VON ALEXANDRA RINGENDAHL

Brühl. Der Rat hat den Bebauungsplan für die „Nördliche Steingasse“ mit den Stimmen von CDU, FDP und BVB beschlossen. SPD und Grüne votierten dagegen. Auf dem Gelände sollen auf einer Fläche von 36 500 Quadratmetern knapp 100 Wohneinheiten entstehen. Am Rand sind freistehende Einfamilienhäuser geplant, im inneren Teil werden Einzel-, Doppel- und Kettenhäuser gebaut. Erschlossen werden soll das Gebiet von der Steingasse aus. Bauträger sind die Firmen Berafin GmbH und Faßbender Bau- und Verwaltungs GmbH.

Die Firmen wurden außerdem im Rahmen des Erschließungsvertrags dazu verpflichtet, neben der Anbindung an die Steingasse unter anderem Lärmschutzwände in Richtung des benachbarten Tennisplatzes sowie einen Kinder-spielplatz zu finanzieren.

SPD und Grüne übten massive Kritik an dem Bebauungsplan. Die SPD begründete ihre Ablehnung mit dem fehlenden Gesamtkonzept der Stadt in punkto Wohnbebauung. Es werde planlos ein Einfamilienhausgebiet nach dem anderen ausgewiesen, ohne einen konkreten Bedarf zu ermitteln oder mit der Bevölkerung in Dialog zu treten, bemängelte Franziska Gräfe. Zudem sei der Bereich wegen der Anbindung an die Steingasse und der Einhausung mit vier Meter hohen Lärmschutzwänden kein geeignetes Baugebiet.

Auch Johannes Bortlitz-Dickhoff (Grüne) sagte, dass nicht erkennbar sei, aufgrund welcher Generalplanung in Brühl Baugebiete erstellt würden. Er kritisierte vor allem die Anbindung über die jetzt schon verkehrsmäßig sehr stark belastete Steingasse. Er habe bei seiner Akteneinsicht keinen Schriftverkehr mit dem Landesbe-

trieb Straßenbau gesehen, der eine Anbindung über die Alte Bonnstraße ablehne.

Auch viele Anwohner hatten die Anbindung an die Steingasse kritisiert. Baudezernent Gerd Schiffer betonte nochmals, dass der Landesbetrieb Straßen eine Erschließung über die Alte Bonnstraße nicht wünsche. Abgesehen davon ist die Steingasse nach Einschätzung der Verwaltung als Sammelstraße mit Verbindungsfunktion zwischen den Ortsteilen in der Lage, den zusätzlichen Verkehr aufzunehmen. Viele Bürger hatten auch Bedenken bezüglich des Umgangs mit Umwelt und Naturschutz. Die Vegetationsstrukturen von Ackerland, Obstbaufläche, Gärten und Gehölzreihen gehen bei einer Bebauung verloren. Hierzu verwies die Stadt auf das Fachgutachten zu Fauna und Flora und die Ausgleichsmaßnahmen, die die Stadt im Bebauungsplan festgesetzt habe.